

Rede des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, zum Thema „Demographischer Wandel – Herausforderungen und Chancen für die Finanzpolitik“ bei der „BI-Lecture“ des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung am 1. September 2011 in Berlin

Vielen Dank Herr Bertram, meine sehr geehrten Damen und Herren,

man könnte viel darüber nachdenken, warum es so ist, wie Sie sagen: Dass wir uns mit einer Entwicklung, von der wir wissen, dass sie große Auswirkungen hat, von der wir wissen, dass sie stattfindet, dennoch nicht so sehr beschäftigen. Ich habe mich, als ich in den 80er Jahren Chef des Kanzleramtes war, schon einmal mit dieser Frage beschäftigt und habe dann, wie jeder gute Mensch, erst einmal gesagt: Wer ist denn zuständig dafür? Und bin darauf gekommen, dass im Wesentlichen der Innenminister zuständig gewesen ist und habe dann mit dem Innenminister Fritz Zimmermann darüber geredet. Und dann hat er gesagt: Weißt du, das Thema ist durch unsere Vergangenheit, die Nazizeit, so belastet, da lassen wir lieber die Finger davon. Na ja, gut. Jetzt liegt die Vergangenheit noch ein bisschen länger zurück und wir können nicht mehr die Finger davon lassen.

Anfang August habe ich irgendwo eine Schlagzeile gelesen, wir seien das „kinderärmste Land in Europa“. Das basierte auf Ergebnissen des neuen Mikrozensus. Wir hatten 2010 mit 16,5 Prozent den niedrigsten Anteil von Menschen unter 18 Jahren, der EU-Durchschnitt ist 19 Prozent. Und solche Schlagzeilen, die wirken dann in die Richtung, dass man sich mehr damit beschäftigt.

Und wir wissen, dass uns die ganze Gesellschaft für viele Jahrzehnte vor große Herausforderungen stellen wird. Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben das natürlich alles schon gehört. Aber welche Konsequenzen es genau hat, damit beschäftigt man sich dann doch nicht so sehr. Wahrscheinlich übrigens auch deswegen, weil man gerade weiß, dass es so kommt. Man kann gar nicht darüber spekulieren. Und man kann es noch nicht einmal furchtbar ändern, jedenfalls kurzfristig. Was soll man sich also dann damit zu sehr beschäftigen? Das führt doch eher entweder dazu, dass man nichts machen kann oder das man nicht besserer Laune wird. Insofern muss ich die Bundesregierung loben: Wir haben beschlossen, wir stellen uns dem Problem. Wir haben den Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwick-

lung um ein Sondergutachten gebeten. Das hat er auch geliefert. Wir werden einen Demografiebericht vorlegen. Zum selben Thema habe ich heute Mittag zufällig in der Klausurtagung des Vorstandes meiner Fraktion Herrn Schmidt¹ gehört. Wir wollen dann aus dem Bericht, den wir natürlich unter Zugrundelegung des Sondergutachtens des Sachverständigenrates erarbeiten werden, eine entsprechende Handlungsstrategie ableiten. Mir scheint wichtig, dass wir uns nicht nur mit den sozialpolitischen, sondern auch mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen beschäftigen. Für den Finanzminister ist ja klar - Sie ahnen es schon, was meine Schlussfolgerung am Ende sein wird: Natürlich macht es die Rückführung der Neuverschuldung und eine Tragfähigkeit der Haushalte noch dringender notwendig.

Aber wir müssen auch die gesellschaftspolitischen Konsequenzen als Ganzes im Blick haben. Ich habe mich übrigens in den 80er Jahren einmal mit der Frage beschäftigt, wie sich eine alternde Gesellschaft, also eine Gesellschaft, in der der Anteil älterer Menschen zunimmt, auf die Innovationsfreude einer Gesellschaft auswirken könnte. Damals war ich ein bisschen pessimistischer, inzwischen glaube ich nicht mehr, dass es ganz so nachteilig ist.

Ich will die Zahlen - Sie kennen sie alle - dann doch noch einmal nennen: Wir werden im Jahre 2060, solange rechnet der Sachverständigenrat in seinem Sondergutachten, nach gängigen Projektionen, also unter Ceteris-paribus-Annahmen, 10-15 Millionen Menschen weniger in Deutschland sein. Und jeder Dritte wird über 65 Jahre alt sein und jeder Siebte - also rund 10 Millionen Menschen - so ist die Projektion für 2060, wird über 80 Jahre alt sein.

Diese Zahlen sind ebenso bekannt wie ihre Ursache. Übrigens ist die Hauptursache mit weitem Abstand nicht die steigende Lebenserwartung - das spielt auch eine gewisse Rolle - sondern die entscheidende Ursache ist die niedrige Geburtenrate, die sich natürlich auf den Bevölkerungsrückgang und zusammen mit der steigenden Lebenserwartung auf den Alterungsprozess der Gesellschaft auswirkt. Wenn man sich klar macht, dass es die niedrige Geburtenrate ist, dann kann man auch ganz zuge-spitzt sagen: Wir haben nicht zu viele ältere Menschen, sondern wir haben zu wenig junge Menschen, was sich im Übrigen nicht schnell ändern lässt, selbst wenn sich

¹ Gemeint ist Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

die jungen Frauen und Männer plötzlich wieder für mehr Kinder entscheiden würden – wir haben ja eine marginale Zunahme der Geburtenrate. Vor zwei Jahren ist schon einmal eine solche marginale Zunahme als ganz großer Erfolg gefeiert worden. Dann war aber die Statistik nicht ganz zutreffend, deshalb muss man da ganz vorsichtig sein.

Selbst wenn wir wieder, was ja vorläufig nicht wahrscheinlich ist, einen Anstieg der Geburtenzahlen auf über zwei Kinder je Frau haben sollten, bräuchten wir, um die Altersstruktur des Jahres 2000 wiederherzustellen, mehr als ein halbes Jahrhundert. Das sind natürlich Projektionen, also Ceteris-paribus Annahmen. Dabei sind Entwicklungen im Bereich der Migration nicht enthalten, zu der ich ja auch als Innenminister gelegentlich zurückhaltend war, weil ich gesagt habe, damit die Migration gelingt, muss die Bereitschaft vorhanden sein zur Integration, zur Aufnahme. Das kann man nicht einfach so verordnen, da gibt es Widerstandskräfte, die man nicht unterschätzen darf, Ängste und dergleichen mehr. Und das macht man am Besten, in dem man es geschehen lässt. Und sich gleichzeitig natürlich auch auf die Integration konzentriert und sie verbessert. Wie gesagt: Die demografische Entwicklung lässt sich in wenigen Jahren weder aufhalten noch gar rückgängig machen.

Finanzpolitische Herausforderungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel ist eine wirtschaftliche Herausforderung. Das hat natürlich vor allen Dingen der Sachverständigenrat sehr gründlich in seinem Gutachten dargelegt. Wenn immer weniger Personen im Erwerbsalter zur Verfügung stehen, also Personen, die in dem Alter sind, in dem die Wirtschaftsleistung erarbeitet wird, von der wir alle leben, und die ältere Bevölkerung zahlen- und anteilmäßig zunimmt, dann hat das erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen. Heute haben wir in Deutschland etwa 50 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter, das wir zwischen 20-64 Jahren definieren. Diese Zahl wird nach 2020 – dann kommen die letzten geburtenstarken Jahrgänge ins Rentenalter – deutlich zurückgehen, von heute rund 50 Millionen auf etwa 42 Millionen im Jahr 2013. Und 2060 werden es dann noch 33 Millionen sein. Dabei wird sich der Anteil der über 55-jährigen an diesen 33 Millionen bis dahin verdoppeln. Das heißt, auch 2060 ist die Entwicklung noch nicht ganz abgeschlos-

sen, sondern sie geht auch dann weiter, nur in Projektionen haben wir noch nicht weiter gerechnet - jedenfalls der Sachverständigenrat in seinem Gutachten nicht.

Natürlich darf man daraus auch wieder nicht zu vorschnell auf die Zahl der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehenden Menschen schließen. Denn in den letzten zehn Jahren, in denen wir schon einen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hatten, ist dieser Rückgang ausgeglichen, sogar überkompensiert worden durch eine steigende Erwerbsbeteiligung vor allem von Frauen, in den letzten Jahren zunehmend auch von älteren Arbeitnehmern und natürlich auch durch den Abbau der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren. Der Rückgang ist also mehr als ausgeglichen worden. Und wir können auch in der Zukunft, in Sinne einer gewissen korrigierenden Entwicklung, auf solche Faktoren setzen. Im Übrigen muss man gleich hinzufügen, dass man sich vor einer zu starren Definition der Altersspanne für die Erwerbsfähigkeit hüten muss, denn zu den demografischen Entwicklungen gehört ja auch erfreulicherweise, dass Menschen heute – bezogen auf die Zahl ihrer Lebensjahre – durchschnittlich wesentlich jünger sind als früher. Gelegentlich sage ich: Schauen Sie mal die Bilder Ihrer Großeltern an, als die so alt waren, wie Sie heute sind – wenn die Großeltern überhaupt so alt geworden sind – ich muss ja inzwischen auch sehr vorsichtig sein. Wahrscheinlich haben Sie mich eingeladen, weil ich ein typisches Beispiel für die Alterungsentwicklung in der Gesellschaft bin. Vorgestern hat mich in einer Wahlkampfveranstaltung ein tüchtiger regionaler Vorsitzender meiner Partei begrüßt und gesagt, ich sei seit 1972 im Bundestag, was zutrifft, und hat dann hinzugefügt, er könne sich dieses Jahr gut merken, er sei da geboren. Ich weiß schon, dass ich ein alter Kerl bin. Im Übrigen gehört, wenn man auf korrigierende Faktoren setzt, auch eine allmähliche Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand oder ein gleitender Übergang bei anderen Elementen mit zu den Überlegungen. Es gehört mindestens genauso dazu, dass wir die Entwicklung, die wir in den letzten 15-20 Jahren hatten, nämlich dass der Eintritt in die Erwerbstätigkeit immer stärker hinausgeschoben wird, nicht ad infinitum fortgesetzt werden sollte.

Wenn ich gelegentlich die Aufregungen höre - ich komme ja aus Baden-Württemberg, wo man das G8 eingeführt hat - dann scheint diese Veränderung die Betroffenen offenbar in existenzielle Bedrohungen zu stürzen, obwohl ich bisher immer gelernt hatte, es gibt kein anderes Land, in dem die durchschnittliche Ausbildung

so lange dauert wie in Deutschland. Also, es wird wahrscheinlich auch irgendwie gehen. Jedenfalls ist es vernünftig, wenn wir das Eintrittsalter in die Erwerbstätigkeit auch nicht immer weiter nach oben schieben. Vielleicht finden wir auch in dem weiteren bildungspolitischen Suchen und den Debatten intelligentere Formen der Verknüpfung von Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Das muss ja nicht so statisch blockweise hintereinander sein. Das kann man auch ein Stück weit anders machen.

Jedenfalls werden für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen - wie immer man es im Einzelnen sieht - weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Und damit sinkt das Arbeitsvolumen, jedenfalls *ceteris paribus*, durch den Rückgang der Arbeitskräfte. Das kann dann zu einer Beschränkung des Wirtschaftswachstums führen. Ich sage immer schon, bei allen Wachstumsannahmen, wir sollten, was die für Deutschland tragfähigen nachhaltigen Wachstumsraten anbelangt, vor dem Hintergrund unserer demografischen Entwicklung keine überzogenen Erwartungen haben. Aber man muss sich im Übrigen klar sein, dass hierdurch sogar die Wirtschaftleistung pro Kopf der Bevölkerung rückläufig sein kann: Wenn sich das Verhältnis von Erwerbstätigen zur Gesamtbevölkerung verringert, dann kann es sein, weil die Zahl der Leistungsempfänger steigt, dass nicht nur das Bruttosinlandsprodukt insgesamt, sondern auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung eher negativ durch diese demografische Entwicklung beeinflusst wird. Nun können wir als Gegenfaktor natürlich die individuelle Arbeitszeit wieder ausdehnen. Das mag ja durchaus für Menschen auch reizvoll sein, ihre individuelle Arbeitszeit zu erhöhen - vielleicht auch zu Gunsten höherer Einkommen.

Im Vordergrund aller Diskussionen, die wir heute über die Auswirkungen der demografischen Entwicklung haben, stehen natürlich immer die sozialen Sicherungssysteme, die in Deutschland auf dem Umlageverfahren, dem so genannten „Generationenvertrag“, aufbauen - der übrigens mit allen Veränderungen immer noch richtig ist. Aber er ist natürlich erheblichen Belastungen ausgesetzt. Wenn die Menschen in der Zeit, in der sie erwerbstätig sind, mit ihren Beiträgen den Rest des Lebens zu finanzieren haben, dann ist das natürlich bei einer solchen Veränderung starken Belastungen ausgesetzt. Der Anteil der Aktiven sinkt, also der Finanzierer der Systeme, der Anteil der Leistungsempfänger steigt und deswegen kommen die Systeme ohne Reformen nicht aus. Sie würden in eine finanzielle Schieflage geraten und irgend-

wann zusammenbrechen. Das haben wir in Deutschland seit langem erkannt und auch schrittweise berücksichtigt. Wir haben bei der Neujustierung der Sozialversicherungszweige übrigens auch darauf geachtet, dass weder die Beitragszahler noch die Leistungsempfänger über Gebühr belastet worden sind. Auch das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

Es ist uns bei der Rentenversicherung doch ganz gut gelungen, mit einer gewissen Anpassung der Rentenformel, die den demografischen Faktor einbezogen hat. Ich habe damals sogar sehr daran mitgewirkt. Das waren mit die letzten Reformen, die wir noch mühsam bei unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag und Bundesrat vor 1998 durchbekommen haben. Und mit der moderaten Anhebung des Rentenalters, wie sie sich auch zunehmend in Europa durchsetzt. Dies geschieht in der Tat moderat: In 24 Jahren jedes Jahr einen Monat. Auch davon geht die Welt, trotz entgegengerichteter Proteste, nicht notwendigerweise schon unter. Und wir haben für diese Reformen, mit denen wir die langfristige Tragfähigkeit dieses Systems in verschiedenen Regierungskonstellationen schrittweise verbessert haben, in der Wissenschaft und international viel Lob erhalten. Normalerweise liest man das ja nur, wenn man gescholten wird. Deswegen erwähne ich es ausdrücklich. Wir sind da ganz gut vorangekommen. Und nun sind wir natürlich immer noch daran interessiert, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu verbessern.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich Arbeitsmarktzahlen der letzten Jahre anschauen, dann sehen Sie, dass - unabhängig von den Debatten über das gesetzliche Renteneintrittsalter - das tatsächliche Alter des Eintritts in den Ruhestand in den letzten Jahren deutlich angestiegen ist. Was natürlich auch mit einer besseren Entwicklung am Arbeitsmarkt zu tun hat. Die Politik der Frühverrentung, wie wir sie vor nicht allzu langer Zeit aus vielen, wohlwogenen Gründen gefördert haben, sollten wir prinzipiell nicht fortsetzen. Sondern wir müssen eher zu einer Flexibilisierung kommen. Das ist leichter gesagt als getan. Das muss ich gleich hinzufügen. Ich habe mich gelegentlich mit den Nachfolgeunternehmen der Deutschen Post – früher mal war die Deutsche Post ein staatliches Unternehmen; es gibt Jüngere, die das nicht mehr wissen – beschäftigt, und ich sage Ihnen, ganz einfach ist das alles nicht.

Es kommt mit hinzu, auch das ist wichtig im Alterssicherungssystem, dass es nicht nur auf einer Säule beruht. Und deshalb ist es wichtig, dass wir in unserem Rentensystem - auch mit staatlicher Förderung - betriebliche und private kapitalgedeckte Altersvorsorge, ergänzend zum Umlagesystem auf dem Generationenvertrag, betreiben. Denn dieser Generationenvertrag kann natürlich das frühere Rentenniveau nicht mehr gewährleisten. Das ist ein Teil der maßvollen Korrekturen.

Und dann steht vor allen Dingen - das ist bisher nicht in dem Maße behandelt worden, oder eher nur unter dem Aspekt „Pflege“ - das Thema „Gesundheit“. Dieses Thema wird in der demografischen Entwicklung und in den Auswirkungen auf das Sozialsystem immer stärker in den Vordergrund rücken. Auch dort haben wir eine doppelte Entwicklung. Wir haben auf der einen Seite enormen medizinischen Fortschritt, der wiederum zu einer steigenden Lebenserwartung beiträgt, der gleichzeitig aber ein gewaltiger Kostentreiber im Gesundheitswesen ist. Und dann haben wir die Verschiebungen durch die demografische Entwicklung. Beides zusammen macht den Gesundheitssektor zu einem der ganz großen sozialpolitischen Herausforderungen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Ich füge hinzu: Das ist per se nicht unbedingt nur problematisch. Dass unser Gesundheitssystem so leistungsfähig ist, dass wir im Durchschnitt länger und in besserer Gesundheit leben dürfen, ist ja eigentlich nur eine Abbildung steigenden Wohlstands in unserer Gesellschaft. Man muss das gelegentlich auch immer ein wenig entdramatisieren. Der Sachverständigenrat hat ausgerechnet, dass sich ohne weitere Reformen die Ausgaben für das Gesundheitssystem im Zeitraum zwischen heute und 2060 ceteris paribus verdoppeln würden. Und so haben wir natürlich heute schon einen gewaltigen Anstieg der Zuschüsse des Bundes auch an die gesetzliche Krankenversicherung bzw. den Gesundheitsfonds zu verzeichnen.

Ich muss mich da immer schon ein bisschen wehren: In diesem Jahr sind wir bei 14 Mrd. Euro. Und das bei einem Bundeshaushalt, bei dem sowieso über 50 % der Ausgaben für Soziales verwendet werden. Der mit Abstand größte Posten sind die über 80 Mrd. Euro Zuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung. Der steigt an - nach der Rentenformel parallel zu den Beitragseinnahmen, damit es ein ausgeglichenes System der Verteilung auf alle drei Beitragszahler, Rentenempfänger und öffentliche Hand ist. Der Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung steigt sehr

viel schneller an. Und dabei ist noch nicht das spezielle Problem der Pflegeversicherung adressiert. Das will ich hier auch gar nicht weiter behandeln, weil ich sonst in einer noch nicht ganz abgestimmten Position in unserer Koalition bin und ich halte mich immer ganz streng an das, was wir in der Koalition verabredet haben. Aber es ist natürlich völlig klar: Wir müssen – das habe ich heute zu meinen Kollegen gesagt, die Sorge haben, wir würden durch unsere Politik zur Verteidigung unserer gemeinsamen Währung das Budgetrecht des Parlaments ungebührlich einschränken, was ich strickt von mir weise, weil es nicht begründet ist – alle mit einander aufpassen, dass wir nicht in Wahrheit die Budgethoheit des Parlaments dadurch untergraben, dass wir mit gesetzlich festgelegten Ausgabeblöcken, auf die ja die Gestaltung des Rentenzuschusses und des Gesundheitszuschuss der gesetzlichen Krankenversicherung wirken, uns jeden Gestaltungsspielraum nehmen.

BMF-Tragfähigkeitsbericht

Das ist möglicherweise ein mindestens genauso großes Problem für die künftigen Haushaltsspielräume der künftigen Parlamente und Parlamentarier. Ich sagte schon, wie unser Bundeshaushalt aussieht. Es gibt eine Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen, die über die enge Betrachtung der Haushaltsmehrbelastungen hinausgehen. Der Bundesfinanzminister oder das Bundesfinanzministerium erstellt alle paar Jahre einen Tragfähigkeitsbericht. Das ist schon unter den Vorgängerregierungen begonnen worden. Ich bin nicht der Erfinder dieser rühmlichen Einrichtung. Der nächste Bericht wird in diesem Monat veröffentlicht. Diese Tragfähigkeitsberichte sollen nicht nur für den Bundeshaushalt im engeren Sinne, sondern für das Gesamtsystem der öffentlichen Haushalte vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zeigen, wohin die Reise geht und wie die langfristigen Risiken für den öffentlichen Gesamthaushalt insgesamt sind.

Dieser Bericht zeigt, wie sich die Staatsfinanzen einschließlich der gesetzlichen Sozialversicherung bis 2060 entwickeln würden, wenn die Rahmenbedingungen unverändert blieben. Er spiegelt also die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels wider und dabei wird eine so genannte „Tragfähigkeitslücke“ ermittelt, das heißt, ein Konsolidierungsbedarf für die öffentlichen Haushalte insgesamt. Nehmen Sie den öffentlichen Gesamthaushalt in der Abgrenzung des Stabilitäts- und Wachs-

tumspaktes, also des Maastricht-Vertrages, dann haben sie das. Diese Tragfähigkeitslücke ist natürlich nach den jüngeren Untersuchungen in Deutschland wieder größer geworden. Sie liegt aktuell - die Schätzbreite ist ziemlich groß, das muss ich hinzufügen – zwischen 1 und 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Beim letzten Bericht, der 2008 vorgelegt worden ist, war die entsprechende Marge zwischen 0 und 2,5 Prozent. In dieser Ausweitung sehen Sie ganz unmittelbar die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die mit Lehman Brothers ihren Ausgang nahm. Die ja – was die meisten schon vergessen haben – 2009 zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 4,6 Prozent geführt hat. Im Übrigen war vor der Lehman-Krise für den Bundeshaushalt eine Neuverschuldung in der mittelfristigen Finanzplanung für 2010 von 6 Mrd. Euro geplant. Als ich Ende 2009 den Haushalt vorlegen musste und den von meinem Vorgänger entworfenen übernommen hatte, haben wir nicht 6 Mrd. sondern 86 Mrd. Euro Neuverschuldung in 2010 ansetzen müssen. Davon sind wir zwar schnell herunter gekommen, aber das zeigt eben doch, dass diese Krise und die wirtschaftliche Entwicklung sich in dieser Größenordnung auf die Tragfähigkeitsberechnungen langfristig vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auswirken.

Wie gesagt, in der Bandbreite ist die Schätzgenauigkeit nicht so groß. Aber insgesamt verstehen wir diesen Bericht als „Frühwarnsystem“ für die öffentlichen Finanzen, das uns den Handlungsbedarf für die Finanzpolitik vor Augen führen kann.

Und nun gibt es eben in diesen Berechnungen auch viele Hinweise auf die Stellschrauben, mit denen wir die Lücke verkleinern können und mit denen wir Schritt für Schritt auch in Richtung langfristig tragfähiger öffentlicher Finanzen weiter voranschreiten können. Natürlich zeigen alle Berechnungen, dass dieser Weg umso leichter zu begehen ist, je früher wir ihn einschlagen.

Den demografischen Wandel gestalten

Wir können die Auswirkungen des demografischen Wandels beeinflussen und deswegen hat es keinen Sinn, das Problem zu verdrängen oder zu resignieren. Es gibt keinen Grund zur Verzweiflung. Wir können ihn gestalten – sowohl die finanziellen wie die gesellschaftlichen Auswirkungen. Und das ist wichtig.

Denn wenn wir diesen demografischen Wandel verdrängen, oder wenn wir der landläufigen Meinung folgen, man kann ja doch nichts machen und es wird immer nur furchtbar, dann kommt es zu einer Art Weltuntergangsstimmung, und die ist nun das aller Schlechteste, wenn es darum geht, mit realistischem, pragmatischem Handeln ein Stück weit gegenzusteuern. Und deswegen ist es ganz wichtig, dass wir sagen: Es erfordert unsere Anstrengung, es erfordert Aufmerksamkeit, aber wir müssen auch nicht so übertreiben, dass wir vor lauter Angst und Panik im Grunde gar nicht mehr handlungs- und aktionsfähig sind.

Ich will das Problem des Wandels nicht klein reden, nicht dass Sie mich falsch verstehen. Wir müssen auf diese Probleme aufmerksam machen, wir müssen Problembewusstsein wecken. Aber wir müssen es nicht so darstellen, als sei alles verloren. Es gibt ja gelegentlich die Formel von „30 nach 12“ – weil schon vor 30 Jahren der Geburtenrückgang eingesetzt hat und es damit viel zu spät sei, um die Welt noch zu retten. Das, meine Damen und Herren, ist Unsinn. Im Übrigen muss man ja unsere demografische Entwicklung – jetzt schiebe ich es dazwischen, wie viel ich mit Christoph Bertram in früheren Zeiten, auch in anderen Zusammenhängen zusammen gemacht habe - man muss sie auch im Zusammenhang mit der weltweiten Entwicklung sehen. Die weltweite Entwicklung ist ein bisschen paradox. Dort ist das demografische Problem das genau Umgekehrte. Natürlich hat die demografische Entwicklung auch eine Bedeutung was die Rolle Deutschlands/ Europas in der globalisierten Welt im 21. Jahrhundert anbetrifft. Natürlich ist die demografische Entwicklung einer der stärksten Faktoren für diejenigen, die sagen: Ihr könnt eure Rolle, so wie ihr sie gewohnt seid zu spielen, in der Zukunft schon aus demografischen Gründen unter gar keinen Umständen spielen. Was wiederum ein starkes Argument dafür ist, dass wir wenigstens die europäische Einigung so unumkehrbar und so stark und handlungsfähig wie irgend möglich machen. Wir verschwenden da keinen Euro für andere, die nicht so fleißig sind wie wir. Sondern wir nehmen nur so gut wir können unsere eigenen Interessen und unsere Verantwortung für die Zukunft wahr.

Welches sind die Stellschrauben? Sie sind nicht furchtbar überraschend. Das ist relativ klar. Wir müssen vor allen Dingen natürlich alles daran setzen, das Erwerbstätigenpotenzial so gut wie möglich auszuschöpfen.

Das ist der zentrale Punkt. Das fängt an mit der Integration von Langzeitarbeitslosen. Dabei geht es gerade auch oft um ältere Arbeitnehmer. Dann können wir natürlich durch eine maßvolle Verlängerung oder Anhebung des Rentenalters bzw. der Lebensarbeitszeit eine Menge, ich habe es schon erwähnt, voranbringen. Im Übrigen zeigen ja auch viele Studien - entgegen der landläufigen Annahme -, dass ältere Arbeitnehmer keine geringere Produktivität haben als jüngere Arbeitnehmer. Die körperliche Leistungsfähigkeit nimmt zwar ab, auch die Fähigkeit, mit Innovation, modernen Kommunikationstechnologien umzugehen. Das ist eine Schande es zuzugestehen, aber es stimmt ja so. Aber dafür gibt es andere Dinge: Erfahrung, Organisation im Sinne von Effizienz, Konzentration. Manche sagen sogar – Herr Schmidt hat es gesagt, ich sage es also mit aller Vorsicht; wenn man selber darunter fällt, ist es sonst gefährlich – soziales Verhalten, soziale Kompetenz nimmt eher zu. Insgesamt zeigen alle Untersuchungen: Die Produktivität älterer Arbeitskräfte nimmt nicht ab gegenüber jüngeren. Das Hochinteressante ist, das man es lange anders vermutet hat. Ich füge hinzu, es ist ganz wichtig, dass wir auch alle Jüngeren gut integrieren.

Wir haben uns in den zurückliegenden Jahren viel mit Integration beschäftigt. Das müssen wir auch weiter tun, aber die Öffentlichkeit hat immer nur die Fähigkeit, ein paar Themen als alarmierend zu behandeln und deswegen ist es wieder ein bisschen zurückgedrängt. Das Problem ist nicht gelöst, aber wir sind gut vorangekommen. Vor allem in der Einsicht der Bevölkerung: Wir brauchen alle. Wir brauchen jeden und jede bei dieser demografischen Entwicklung, und es stellt natürlich gewaltige Anforderungen an die Bildungspolitik. Es stellt gewaltige Fragen zur Rolle von Familien, denn natürlich ist der Weg, dass alles nur noch über den Staat läuft, weil immer weniger Menschen selber in der Lage sind, ihre Kinder zu erziehen, keine Entwicklung, die jedenfalls nur unproblematisch gesehen werden kann. Aber es ist entscheidend, dass wir alles tun, um das Erwerbstätigenpotenzial so vollständig wie irgend möglich auszuschöpfen.

Das zweite spezifische Problem ist die Frauenerwerbsbeteiligung. Sie ist in den letzten Jahren schon weit vorangekommen. Insbesondere, was die Erwerbsbeteiligung kinderloser Frauen anbetrifft. Wobei man im Übrigen fragen muss: Was ist Ursache und was ist Wirkung? Aber im OECD-Vergleich - und jetzt kommt ein spannender

Punkt, über den wir in Deutschland stärker diskutieren müssen - im OECD-Vergleich liegen wir, was die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern anbetrifft, deutlich unter den vergleichbaren Industrieländern. Also sind uns unsere europäischen Nachbarn im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf offenbar voraus. Ob es nur an den Institutionen liegt oder auch an dem Denken und Gewohnheiten der Menschen selber, lasse ich mal dahingestellt sein. Aber es ist jedenfalls ganz offensichtlich so, die Statistiken sind so, dass wir genau daran ansetzen müssen, wobei ich übrigens gleich hinzufüge: Es könnte sogar sein, dass, wenn wir es schaffen, dass mehr Frauen mit Kindern erwerbstätig sind, also eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen in diesem Land, dass dann auch die Zahl der Frauen mit Kindern, dass also die Geburtenrate wieder steigt. Für viele Frauen oder für viele junge Menschen ist dies möglicherweise mit das stärkste Hindernis. Wenn Sie noch, das will ich heute gar nicht tun, die Zahlen ein bisschen genauer aufschlüsseln und die Geburtenraten bei Frauen anschauen, die akademisch ausgebildet sind, dann kommen wir schlagartig zum Kern des Problems. Und wenn Sie das dann vergleichen etwa mit unserem Nachbarn Frankreich, dann sehen Sie, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt keinen Grund haben zu resignieren. Das kann man ändern. Das geht nicht in zwei Jahren, aber man muss es aussprechen, man muss es diskutieren, man muss es sich bewusst machen. Und dann kann man eine Menge in diese Richtung schaffen.

Und ich füge auch diese unziemliche Bemerkung hinzu, vor dem Hintergrund mancher Beiträge von mir ansonsten sehr geschätzter älterer, ehemaliger großer führender Staatsmänner, die glauben, weil alles nicht mehr so ist wie es früher war, sei es schlechter. Sie haben nicht begriffen, dass sich unsere Gesellschaft rasant ändert. Und dass sie sich ändern muss und dass es noch nicht als ein Bekenntnis zu werten ist, wenn man an den Rezepten des vorherigen Jahrhunderts festhält. Es war ja früher auch nicht besser. Obwohl natürlich manche sagen, selbst die Zukunft war früher eine ganz andere, als sie heute ist. Ich halte nichts von dieser Auffassung.

Dann kommt drittens: Eine verstärkte Zuwanderung, insbesondere von Erwerbspersonen, also von Fachkräften. Wir haben es bisher versäumt, oder jedenfalls nicht geschafft, Deutschland zu einem attraktiven Ziel für qualifizierte Fachkräfte aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland zu machen. Daran können wir arbei-

ten. Das können wir verbessern. Wir müssen uns natürlich darum kümmern, dass die Zuwanderer gut in die Gesellschaft integriert werden. Das ist ein eigenes, abendfüllendes Thema. Ich will allerdings - aus meiner langjährigen Erfahrung mit diesem spezifischen Teil unseres Themas - denjenigen, die sagen: „Das war alles nur stupide“ darauf hinweisen: Für die innere Friedlichkeit einer Gesellschaft ist es von ganz hohem Wert, dass nicht Abwehrängste gegen Zuwanderer entstehen. Und in diesem Vergleich sind wir nicht schlechter als alle in unserer Nachbarschaft. Im europäischen Vergleich eher besser. Wir haben auch allen Grund, nicht schlechter als andere zu sein. Wir haben es ja schließlich im vergangenen Jahrhundert so auf die Spitze getrieben, dass wir jeden Grund haben, genau darauf besonders sorgfältig zu achten.

Dann muss man im Übrigen wissen, dass - jedenfalls zu Zeiten der alten Bundesrepublik, das ist jetzt auch schon über 20 Jahre her - es natürlich auch ein Gesichtspunkt war, den man überhaupt nicht aus dem Auge verlieren durfte, dass Deutschland ein sehr dicht besiedeltes Land gewesen ist. Das ist besser geworden im wiedervereinigten Deutschland. Und dass in diesem sehr dicht besiedelten Land, übrigens mit einem noch einmal ganz spezifischen demografischen Problem als Erbe von Hitler und dem Zweiten Weltkrieg – man muss sich die vaterlose Gesellschaft der Nachkriegszeit genau unter diesem Gesichtspunkt anschauen - dann bis zu 15 Millionen vertriebene Flüchtlinge zu integrieren, eine riesige Aufgabe war. Und dieses nun so hinzubringen, dass daraus nicht ein sozialer Sprengstoff entsteht, sondern allenfalls ein Modell, um auflagenträchtige Bücher zu schreiben - was ja jedem gegönnt ist - war schon ein wichtiger Erfolg. Ich glaube, dass wir jetzt besser vorbereitet sind, höhere Zuwanderung in den kommenden Jahren, wenn sie denn stattfinden soll, zu erwarten.

Wir sind besser geworden auf dem Weg, unsere Hochschulen attraktiv für andere zu machen. Dazu musste man dann auch lernen, dass sich Hochschulen natürlich auch stärker darauf ausrichten müssen, etwa mit englischsprachigen Curricula, ein Stück voran zu kommen. Also, ich glaube, dass wir da alles in allem auf einem nicht schlechten Weg sind. Und da wir jetzt in der erweiterten Europäischen Union die vollständige Niederlassungsfreiheit haben, werden wir auch von daher ein Potenzial haben – bei entsprechender wirtschaftlicher Entwicklung -, dass diese Zuwanderung

stattfinden wird. Das heißt, ich bin relativ zuversichtlich, dass wir auf diesem Wege durch Zuwanderung ohne großen sozialen Sprengstoff in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den Problemen besser gegensteuern können, als wenn man es zu einem Zeitpunkt gemacht hätte, zu dem die tatsächlichen Verhältnisse und die breite Öffentlichkeit noch nicht so weit waren.

Der vierte, entscheidende Punkt ist die Verbesserung der Arbeitsproduktivität, die zum einen durch den Ausbau des Sachkapitals und zum anderen durch weitere erhebliche Verbesserungen in der Bildung und Ausbildung entstehen kann. Alle Pisa-Studien zeigen, dass wir hier immer noch erhebliche Reserven haben. Diese Reserven sind ganz wichtig beim Gegensteuern gegen die demografische Entwicklung. Ich füge übrigens hinzu: Diese Bundesregierung hat bei allen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung daran festgehalten, dass Maßnahmen für Bildung, Ausbildung, Forschung und Integration in dieser Legislaturperiode nicht gekürzt, sondern erhöht werden. Insbesondere haben wir die Bildungsausgaben – obwohl der Bund nicht einmal prioritär zuständig ist - in dieser Legislaturperiode um insgesamt 12 Mrd. Euro erhöht. Das heißt, wir setzen Schwerpunkte, auch in einer nicht ganz einfachen finanzpolitischen Umwelt. Und damit schaffen wir natürlich eine Menge Möglichkeiten, gegenzusteuern gegen die Auswirkungen dieser demografischen Entwicklung.

Weil ich schon die Sozialversicherungssysteme und die Notwendigkeit erwähnt habe, dort die demografische Entwicklung zu berücksichtigen - in der Rentenformel haben wir es getan, bei der Gesundheitspolitik werden wir noch Lösungen suchen müssen - will ich gleich hinzufügen: Angesichts der Dimension, insbesondere im Gesundheitssektor, ist es ganz wichtig, dass wir das überlegene Ordnungsprinzip für die optimale Ressourcenallokation auch im Gesundheitswesen stärker zur Geltung bringen. Diejenigen, die sagen: Nein, Gesundheitswesen, Sozialbereich, das muss möglichst alles staatlich einheitlich reglementiert werden und damit darauf verzichten, die manchmal in ihren Auswirkungen auch problematischen Kräfte von Markt und Wettbewerb in diesem System auszuschöpfen, sehen dann, dass wir diese riesige gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Aufgabe der Finanzierung eines leistungsfähigen Gesundheitssystems ohne das Ordnungsprinzip einer optimalen Ressourcenallokation - und das sind nun einmal Markt und Wettbewerb - nicht zureichend bewältigen werden. Insofern gehört auch eine grundlegende Reform der Gesund-

heitspolitik fortwährend zu den Notwendigkeiten, wenn wir die demografische Entwicklung insgesamt verantwortlich gestalten und auch beeinflussen wollen.

Die Aufgabe ist, all diese Maßnahmen richtig anzusetzen und uns gleichzeitig auch klar zu machen, dass wir in einem Maße von Wohlstand und sozialer Sicherheit leben, bei dem wir mit begrenzten Wachstumsraten ganz ordentlich auskommen können, was möglicherweise für eine älter werdende Gesellschaft dann auch wiederum psychologisch leichter zu verkraften ist, weil die Bedürfnisse sich ein Stück weit verändern. Für die Jungen, die fragen, wozu man Wachstum überhaupt braucht, muss man allerdings hinzufügen: Weil wir Menschen so sind, dass, wenn wir im nächsten Jahr dasselbe haben wie in diesem Jahr, es nicht nur langweilig wird, sondern die Zufriedenheit abnimmt. Das ist ja eins der großen Probleme, übrigens auch der Politik: Dass alles, was sie erreicht, nichts wert ist. Deswegen nimmt die Wahlbeteiligung in den neuen Bundesländern ab. Deswegen redet kein Mensch über Finanzpolitik, obwohl es wirklich ganz und gar nicht so schlecht ist, was wir dort hinbekommen. Sondern wir reden über die Dinge, die nicht gelöst sind. Das ist auch in Ordnung. Auch die Medien leben davon. Nicht abgestürzte Flugzeuge sind keine Schlagzeile wert, aber abgestürzte – „bad News are good News“. So ist der Mensch. Darüber ist nicht zu klagen. Ein gewisses Wachstum brauchen wir. Aber wir brauchen nicht ein so hohes wie die aufholenden Schwellenländer. Und weil wir dieses so sehen glaube ich, dass wir mit den genannten Stellschrauben keinen Grund haben, angesichts der demografischen Entwicklung irgendwie resignativ zu werden.

Und ich füge die Bemerkung hinzu, meine Damen und Herren: Wie gut, dass wir die Europäische Entwicklung haben. Erstens werden wir insgesamt im europäischen Raum ein stärkeres Wachstum haben als in Deutschland, was auch gut und wünschenswert ist. Schauen Sie sich die Entwicklung in Polen an. Das ist für mich immer eine Quelle der Freude. Jedes mal, wenn ich nach Polen, und sei es nur kurz einmal nach Warschau, reise - jetzt in der polnischen Präsidentschaft kommt es häufiger vor – dann denke ich: Meine Güte, wenn man sich anschaut, welche Entwicklung da in Gang gekommen ist mit so schwierigen Ausgangspositionen. Wenn Sie noch die Ost-West-Verschiebung der polnischen Bevölkerung mit im Auge haben - das ist ja alles nicht so einfach - dann steckt darin eine unglaubliche Dynamik. Insofern steckt in der erweiterten Europäischen Union ein gewaltiges Wachstumspotenzial. Es gibt

gewaltige Potenziale - trotz demografischer Entwicklung in Deutschland und auch in anderen Ländern -, hinreichende Dynamik zu entwickeln. Und auch deswegen sollten wir sehen: Es ist nicht so übel. Und dass wir es jetzt geschafft haben, auch auf europäischer Ebene stärker darüber zu reden, wie man die Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedsländer insbesondere der Eurozone verbessern kann, und dass dazu eben auch die Frage gehört, dass sich die Mitgliedsländer verpflichten, jeweils im Lichte der eigenen demografischen Entwicklung, sich mit der Tragfähigkeit ihrer Alterssicherungssysteme zu beschäftigen, ist auch ein guter Ansatz.

Ich habe meinen Kollegen in der Runde der G7-Finanzminister, das sind die größeren westlichen Industriestaaten einschließlich Japan, gesagt, wir müssen uns beim nächsten Treffen einmal gründlich mit der Frage beschäftigen, ob die Schwierigkeiten an den Finanzmärkten nicht vor allen Dingen auch damit zu tun haben könnten, dass uns andere Teile der Welt und die Finanzmärkte nicht mehr so richtig zutrauen, dass unser politisches System in der Lage ist, die notwendigen Entscheidungen für die Tragfähigkeit unserer Haushalte, inklusive der Alterssicherungssysteme bei der gegebenen demografischen Entwicklung rechtzeitig zu Stande zu bringen. Auch das ist ein Punkt, den wir im Auge behalten müssen. Aber, meine Damen und Herren, das ist die alte Erfahrung: Die Wahrnehmung dieses Problems fördert das Zustandekommen zukunftsgestaltender Entscheidungen. Und deswegen bin ich nicht so pessimistisch und glaube, dass wir auf einem ganz guten Weg sind.

Wenn Sie sehen, wie viele auch etwas spöttische Anmerkungen gemacht haben, als wir in der letzten Legislaturperiode eine Schuldenbremse in das Grundgesetz eingefügt haben - hätten wir sie nicht, müssten wir sie dringend einführen -, wie viele gesagt haben: Die wird niemals eingehalten, wie sie mir nicht geglaubt haben, dass man diese erfüllen kann - das ist alles kein Thema mehr. Jetzt sieht man, dass auch in den anderen europäischen Ländern - die werden es nicht nach der deutschen Art machen, es muss ja nicht am deutschen Wesen die Welt genesen, das ging nicht so richtig gut - aber sie fangen alle stärker an - die Spanier, die hätten das vor einem Jahr völlig abgelehnt und jetzt sind sie auf dem Weg -, sich selber durch gesetzgeberische oder verfassungsgebende Maßnahmen Beschränkungen aufzulegen. Weil sie wissen, dass Demokratien per se nicht notwendigerweise die ideale Ordnungsformel sind, um mit der Knappheit von Mitteln umzugehen. Das wusste man seit dem alten

Athen. Deswegen sagen übrigens die klügsten Anhänger von plebiszitären Elementen im Grundgesetz immer: Haushaltsentscheidungen nehmen wir von diesen plebiszitären Elementen aus. Das Knappheitsgebot haben wir auch der unabhängigen Notenbank anvertraut, weil man es politischen Mehrheiten nicht anvertrauen darf. Aber wenn man das alles sieht, und wenn man sieht, die Einsicht darüber wächst, dann rate ich uns dazu und bin deswegen Ihrem Institut dankbar, dass Sie es in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken. Aber eben nicht mit dem Unterton der Verzweiflung, sondern mit dem Unterton: Da haben wir wieder eine schöne Aufgabe, es macht Freude, Verantwortung wahrzunehmen und die Zukunft zu gestalten.

Herzlichen Dank!